

# BRANDENBURG



**Auf Seite 12:** In „**Wolfsland**“ bekommt es Götts Schubert bei der Mördersuche mit einem **Psychopathen** zu tun.

An manche Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg, wie Amadeu Antonio Kiowa in Eberswalde, wird rege erinnert. Doch es gibt Fälle, die erst 25 Jahre später als rechts motiviert definiert werden – bei welchen Fällen und warum ist das so?

Foto: Thomas Burckhardt

Die Zahl der Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg seit der Wiedervereinigung ist alarmierend. Doch es gibt entscheidende Diskrepanzen bei den Statistiken: Die staatlich veröffentlichten Zahlen unterscheiden sich erheblich von den Statistiken von Opferorganisationen. Woran liegt das?

Staatliche Stellen zählen seit 1990 insgesamt 114 Todesopfer rechter Gewalt in der Bundesrepublik, so das Bundeskriminalamt (BKA) auf Nachfrage dieser Zeitung. Dies macht allerdings nur einen kleinen Teil der Gewaltdelikte mit rechter Motivation aus. Denn die Behörden erfassen jährlich mehrere hundert bis tausend Gewaltdelikte mit entsprechender Motivlage.

Von der Gesamtzahl der Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland entfallen, laut brandenburgischen Innenministerium, 22 auf Brandenburg. Opferorganisationen zählen für Brandenburg dagegen 29 Opfer und bundesweit sogar fast doppelt so viele Personen, die aus rechten Motiven wie Rassismus oder Sozialdarwinismus getötet wurden.

Die nach einem 1990 in Eberswalde Ermordeten benannte Amadeu Antonio Stiftung erfasst auf ihrer Internetseite aktuell insgesamt 218 Todesopfer rechter Gewalt – 33 davon allein in Brandenburg. Einige davon sind jedoch nur als Verdachtsfälle gelistet.

Auch ein weiterer Punkt in der Statistik mit Bezug zu Brandenburg springt sofort ins Auge. Denn: Hier wurde am 7. Oktober 1990 mit Andrzej Frątczak in der Lübbenauer Neustadt der erste Mensch nach der Wiedervereinigung aus rechten Motiven getötet.

Mehrere Skinheads prügeln nachts in einer Gaststätte auf polnische Braunkohlearbeiter ein. Frątczak wurde am folgenden Morgen unweit des Lokals erstochen aufgefunden. Vor Ort erinnert heute nichts an das erste Todesopfer rechter Gewalt nach der Wiedervereinigung.

Auch der jüngste Fall rechter tödlicher Gewalt in Deutschland ist mit dem Vierfachmord in Königs Wusterhausener Ortsteil Senzig in Brandenburg geschehen. Ein radikaler Impfgegner erschoss im Dezember 2021 seine Frau und die gemeinsamen drei Kinder.

## Nach 25 Jahren anerkannt

„Als tatbeeinflussend und -auslösend konnten, neben der Ablehnung der Maßnahmen der Bekämpfung der Pandemie, weitere Motive wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und



## Wer sind die Toten?

**Rechtsextremismus** In Brandenburg sind seit 1990 so viele Menschen durch rechte Gewalt gestorben wie in keinem anderen Bundesland. Staatliche Opfer-Zahlen unterscheiden sich stark von anderen Zählungen. Von Lukas Märkle



Am 7. Oktober 1990 wurde Andrzej Frątczak von Rechten vor der Gaststätte „Turbine“ in der Lübbenauer Neustadt attackiert und starb. Vor Ort erinnert heute nichts an das erste offizielle Todesopfer rechter Gewalt nach der Wiedervereinigung. Foto: Lukas Märkle

## Was ist Sozialdarwinismus?

**Der Begriff Sozialdarwinismus** leitet sich her von der Evolutionstheorie Charles Darwins. Dessen Theorie fand in zugespitzter Form Eingang in die nationalsozialistische Rassenlehre, um Menschengruppen

als nichts lebenswert klassifizieren zu können.

**Sozialdarwinismus** beschreibt daher eine menschenverachtende Perspektive auf gesellschaftliche Randgruppen, gesellschaftlich

schlechter gestellte Personen oder finanziell arme Menschen, spricht diesen das Recht auf Leben ab und lässt dabei soziale Ungleichheiten als naturgegeben gerechtfertigt erscheinen.

## Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen

**Auch im benachbarten Freistaat** Sachsen finden sich seit 1990 Todesopfer rechter Gewalt. Folgende entfallen auf den sächsischen Teil der Lausitz:

**Mike Zerna** (1992 in Hoyerswerda – staatlich anerkannt)

**Waltraud Scheffler** (1992 in Geierswalde – staatlich anerkannt)

**Bernd Schmidt** (2000 in Weißwasser – staatlich nicht anerkannt)

**Nach Angaben** des sächsischen Innenministeriums wurden im

Zeitraum von 1990 bis 2020 insgesamt zwölf Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen registriert. Die Amadeu Antonio Stiftung listet dagegen insgesamt 19 Fälle auf, bei denen sich, aus Sicht der Stiftung, ein rechtes Tatmotiv ergibt. Ime

die Ablehnung des Staates sowie des Gesundheitswesens ermittelt werden“, so eine Sprecherin des brandenburgischen Innenministeriums zur Tat in Königs Wusterhausen.

Daher werde die Tat als politisch motivierte Kriminalität (PMK) rechts eingeordnet. In dieses 2001 eingeführte Erfassungssystem fließen Taten ein, wenn Anhaltspunkte vorliegen, dass eine rechte Ideologie ursächlich für die Tat war. Das erläutert das Bundeskriminalamt auf seiner Website. Und diese Einordnung in diese Statistik erklärt auch die abweichende Zählweise von Staat (114 Todesopfer) und Opferverbänden (218 Todesopfer).

Kritiker aus der Zivilgesellschaft bemängeln unter anderem, dass diese PMK-Kriterien zu eng gefasst sind und Behörden Taten nur als politisch werten, wenn das rechte Motiv tausalösend ist, aber nicht, wenn es tateskalierend ist. Dabei seien es oftmals „Motivbündel“, die zu den Taten führen, so Sarah Hauptenthal vom Opferfonds Cura. „Beimotive werden oft kaum berücksichtigt.“

So werden manche Taten, bei denen Verdachtsmomente rechtsradikaler Motive bestehen, lange nicht entsprechend eingeordnet. So auch der Tod Frątczaks in der Spreewaldstadt Lübbenau. Dieser war bis 2015 nicht als Todesopfer rechter Gewalt nach der PMK-Statistik kategorisiert.

Dass es nach dieser langen Zeit dazu gekommen ist, hängt unter anderem mit dem Druck zusammen, den Initiativen, wie der Verein Opferperspektive, auf die Landesregierung ausübten. „Wir haben bereits lange eine unabhängige Studie gefordert“, sagt Judith Porath, Geschäftsführerin des Vereins Opferperspektive.

„Aus dem ersten Bundestagsuntersuchungsausschuss zum NSU gab es die Forderung, alle Altfälle zu überprüfen“, so Porath. In Brandenburg folgte daraufhin eine interne Untersu-

chung der Behörden, die aber zu keinen neuen Erkenntnissen führte. Erst eine im Anschluss durchgesetzte externe wissenschaftliche Analyse erfüllte den Zweck einer eingehenden Untersuchung.

Ziel der Studie, die vom Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam wissenschaftlich durchgeführt wurde, war es, alte Fälle zu untersuchen. Es sollte geklärt werden, inwiefern es unter diesen noch Taten gibt, die bisher nicht richtig eingeordnet werden. Im Beirat der Studie saßen dabei auch Initiativen wie der Verein Opferperspektive. „Brandenburg war das erste Bundesland, das den Mut hatte, das zu machen“, sagt die Opferperspektive-Geschäftsführerin. Sonst habe bislang nur Berlin eine solche Studie umgesetzt. „In Brandenburg ist die Situation dadurch inzwischen vergleichsweise gut ausgeleuchtet.“

Insgesamt wurden in der Studie 24 Altfälle durch die Wissenschaftler überprüft. Neun dieser Fälle wurden mit dem Abschlussbericht im Juni 2015 dem Innenministerium zur Anerkennung vorgeschlagen, was damals einer Verdopplung der offiziellen Zahl der Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg entsprach. „In Brandenburg wurde da insgesamt auch mehr aufgearbeitet als anderswo“, so Hauptenthal vom Opferfonds Cura. Das sei mit einer Erklärung, warum die Zahlen in Brandenburg so hoch seien dazu gekommen ist, hängt unter anderem mit dem Druck zusammen, den Initiativen, wie der Verein Opferperspektive, auf die Landesregierung ausübten. „Wir haben bereits lange eine unabhängige Studie gefordert“, sagt Judith Porath, Geschäftsführerin des Vereins Opferperspektive.

Doch auch neben der Anerkennung von Todesopfern rechter Gewalt bleibt ein weiteres Feld aus ihrer Sicht offen: „Ein Thema ist die Anerkennung, ein weiteres das Gedenken an die Opfer – wessen Aufgabe ist das?“ Denn nur in einzelnen Orten, wie beispielsweise Eberswalde, erinnern lokale Initiativen an die Opfer. In den meisten Städten gibt es nicht einmal eine Hinweistafel, die an das Leben der Opfer erinnert.

**Kommentar**  
Lukas Märkle  
zu Rassismus  
in Brandenburg



## Die Gefahr bleibt real

Die Bilanz ist düster: 22 staatlich anerkannte Todesopfer rechter Gewalt gibt es seit der Wiedervereinigung in Brandenburg. Die einzelnen Taten mögen sich massiv unterscheiden. Doch sie eint eine tiefe Verachtung des menschlichen Lebens. Und erst auf öffentlichen Druck durch Opferorganisationen wurden viele Fälle nach Jahrzehnten noch einmal wissenschaftlich aufgearbeitet. Man muss dem Land die unabhängige Aufarbeitung zugutehalten. Viele weitere Bundesländer drücken sich vor der Übernahme einer solchen Verantwortung.

Beim Blick auf einzelne Fälle wird aber deutlich: Vielfach wollten die ermittelnden Behörden und Gerichte rechtsextreme Motive wohl nicht erkennen. Stattdessen werden Taten als unpolitisch markiert. Aber mindestens 22 Opfer rechter Gewalt bedeuten eine Verantwortung. Denn die tödliche Gefahr von rechts bleibt real. Der Vierfachmord in Senzig vor knapp einem Jahr und 1245 im Verfassungsschutzbericht gelistete gewaltbereite Rechtsextreme zeigen das. Antisemitische, rassistische oder andere menschenverachtende Weltbilder sind eine mitunter todbringende Gefahr. Die ermittelnden Behörden müssen bei möglichen rechten Tatmotiven diesen konsequent nachgehen. Das ist man den Todesopfern rechter Gewalt schuldig.

## Maske abgeseget

**Ausschuss** Koalition und Linke verlängern Corona-Regeln.

**Potsdam.** Der Verlängerung der Corona-Maskenpflicht in Brandenburg steht nichts mehr im Weg. Im Gesundheitsausschuss des Landtags stimmten am Mittwoch mit der Mehrheit der rot-schwarz-grünen Koalition und der Linken dafür, dass die Regeln wie vom Kabinettsbeschluss zunächst bis zum 11. Januar weiter gelten. Somit bleibt es bei der FFP2-Maskenpflicht in öffentlichen Bussen und Bahnen des Nahverkehrs. Die Vertreter von AfD und Freien Wählern stimmten dagegen. Während Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) die Maßnahmen mit Verweis auf die angespannte Situation im Gesundheitswesen verteidigte, sagte AfD-Fraktionschef Hans-Christoph Berndt, dass Corona bei den derzeitigen Atemwegserkrankungen „eine völlig untergeordnete Rolle“ spiele. dpa

## Journalisten ausgezeichnet

**Potsdam.** Das Team, das die Affäre beim Rundfunk Berlin-Brandenburg aufgedeckt hat, ist vom Branchenblatt „medium magazin“ für die beste Recherche ausgezeichnet worden.

Jan C. Wehmeyer, Jakob Wais und Kayhan Özgenc vom Online-Portal „Business Insider“ hatten im Sommer dieses Jahres erstmals über Unregelmäßigkeiten rund um RBB-Intendantin Patricia Schlesinger berichtet. Im Zentrum der Vetterwirtschaft-Vorwürfe stehen die inzwischen fristlos entlassene Intendantin und der zurückgetretene Chefkontrolleur des Senders, Wolf-Dieter

Wolf. Beide wiesen Vorwürfe zurück.

„Ihre exklusiven Recherchen deckten den RBB-Skandal auf und schrieben ihn mit stets sorgfältig fort. Immer sachlich, ohne Häme und deshalb umso überzeugender“, lobte die Jury des Preises „Journalistin & Journalist des Jahres“ die Ausgezeichneten. Die Jury wählt Preisträger in einem knappen Dutzend Kategorien. Die Haupt-Auszeichnung geht an Katrin Eigendorf vom ZDF und Paul Ronzheimer von der „Bild“-Zeitung für ihre Reportagen zum Ukraine-Krieg. dpa

## 290 Flüchtlinge sind seit 2020 freiwillig aus Brandenburg ausgereist

**Potsdam.** Insgesamt 290 Asylbewerber sind von 2020 bis September dieses Jahres mit einer finanziellen Hilfe freiwillig aus Brandenburg ausgereist. Dabei handelte es sich um Flüchtlinge, deren Asylantrag noch nicht entschieden war oder bereits abgelehnt wurde, wie aus der Antwort des Innenministeriums in Potsdam auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervorgeht. Die ausgereisten Flüchtlinge waren in ihre Heimatländer zurückgekehrt oder in ein anderes Land weitergereist.

Die mit 95 Männern und Frauen mit Abstand größte Gruppe



Flüchtlinge gehen über das Gelände der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt. Foto: Patrick Pleul/dpa

am aus der Russischen Föderation. 28 Flüchtlinge stammten aus dem Iran, 16 waren aus Pakistan gekommen. Aus Georgien stammten 14 Migranten und aus Armenien 13. Zudem meldeten die Behörden neun Menschen aus Afghanistan.

Die Rückkehrhilfen entstammen verschiedenen Bund-Länder-Programmen und richten sich nach der Staatsangehörigkeit der Flüchtlinge und anderen Faktoren. Damit soll den ausreisenden Flüchtlingen bei einem beruflichen Neustart geholfen werden. Möglich sind Förderbeträge von mehreren Tausend Euro. dpa